

Leistungsbilanzdefizit zeigt Schwächen der rumänischen Wirtschaft auf



Wirtschaftspolitische Diskussionen der rumänischsprachigen Fachpresse. Von Michael Derrer.

Rumänien verfügt mit einem BIP - Wachstum von 4.8 %, einem Budgetdefizit von 2.3%, der einem einstelligen Wert zusteuernden Inflationsrate und steigenden Indikatoren für Investition und Konsum über positive wirtschaftliche Eckdaten - auch im Vergleich zu anderen Ländern der Region.

Defizitäre Handelsbilanz als andauernder Trend

Eine Entwicklung, die zu einem Problem für das Land werden könnte, zeigt sich jedoch in der Handelsbilanz, deren Defizit im vergangenen Jahr weiter gewachsen ist. Zwar sind die Exporte im Vergleich zum Vorjahr um 6.4% auf 15.6 Mrd. EUR gestiegen, und für das laufende Jahr wird ein neuer absoluter Rekord erwartet. Dieser Erfolg verblasst jedoch angesichts der Tatsache, dass die Importe fast doppelt so schnell angestiegen sind (2003: 11.7%) und der Exportzuwachs stagniert (2002 betrug er noch 22%). Das Handelsbilanzdefizit 2003 betrug bereits 6.4 Mrd. USD (+28%). Der bereits seit drei Jahren andauernde Trend lässt auf eine strukturell defizitäre Handelsbilanz schliessen.

Ein grosser Anteil des Importzuwachses betrifft Konsumgüter, deren Finanzierung auch aus Konsumkrediten stammt. Dieser Faktor erklärt jedoch das Problem nur zu einem geringen Teil - im Januar 2004 betrug das Wachstum der Privatkredite nur noch 2% und im Februar 2004 stagnierte es ganz - währenddem die Importe Rekordzuwachs zu verzeichnen hatten.

Ein Strukturproblem des Aussenhandels

Die hauptsächliche Ursache für das Defizit liegt in der Struktur des rumänischen Auslandhandels begründet. Viele rumänische Produkte finden auf den Exportmärkten keinen Absatz, und auch die einheimische Bevölkerung zieht oft die qualitativ besseren ausländischen Waren vor. Aufgrund fehlen-

der Restrukturierungen sind die aus kommunistischer Zeit geerbten Grossbetriebe nicht konkurrenzfähig. Die defizitären Unternehmen, gleich ob staatlich oder privatisiert, werden durch Vergünstigungen, Subventionen, Steuer- und Zahlungsrückstände oder Schuldnerstreckung künstlich am Leben erhalten, wobei als Rechtfertigung der Schutz von Arbeitsplätzen oder ihre "strategische Bedeutung für das Land" vorgebracht werden.

Die Betriebe, die sich in den neunziger Jahren relativ schnell gebildet haben und die frei werdende Arbeitskräfte aus der Grossindustrie absorbieren konnten, sind in der Leichtindustrie tätig und arbeiten oftmals im System der Lohnveredelung. In diesem Bereich sind nur geringe Investitionen notwendig, die hauptsächliche Ressource ist die billige Arbeitskraft. Exportiert werden daher vor allem arbeitsintensive Produkte - 35% des rumänischen Exportes bestehen allein aus Textilien, Kleidern und Schuhen. Die Lohnveredelungsproduktion schafft aber nur einen geringen Mehrwert und somit auch Exporterlös.

Die Lohnerhöhungen, die bis zum geplanten EU-Beitritt 2007 auf einen Mindestlohn von 300 EUR pro Monat führen sollen, bedeuten einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit für die in Lohnveredelung arbeitenden Betriebe. Bereits heute schauen sich grössere Produzenten nach billigerer Arbeitskraft im GUS-Raum oder im Nahen Osten um. Rumänien ist auch sehr abhängig von der Einfuhr halbverarbeiteter Produkte für seine Exporte. Ein weiteres Wachstum der Exporte erscheint daher nicht möglich, ohne dass auch die Importe weiter steigen. Die beschränkten Wachstumsmöglichkeiten der Exportwirtschaft liegen somit in ihrer Struktur begründet.

Kann das Handelsbilanzdefizit ausgeglichen werden?

Zu den Faktoren, die das Handelsbilanzdefizit mindestens teilweise ausgleichen, gehören die steigenden Transferleistungen der rumänischen Gastarbeiter im Ausland (2003: ca. 2 Mrd. USD). Dennoch wächst auch das Leistungsbilanzdefizit des Landes.

Aufgrund hoher Investitionszuflüsse aus dem Ausland war die Finanzierung der Defizite für die anderen ostmitteleuropäischen Länder einfacher. Seit dem Ende der kommunistischen Periode

bis ins Jahr 2003 konnte die gesamte ostmitteleuropäische Region 135 Mrd. USD ausländische Investitionen anziehen. Davon wurden 10 Mrd. USD in Rumänien investiert (zum Vergleich: 38 Mrd. in Polen und 24 Mrd. in Tschechien). Dabei erfolgten die ausländischen Investitionen in Rumänien vor allem im Zusammenhang mit den Privatisierungen, und bisher wurden nur sehr wenig neue Fabriken (Greenfield-Investitionen) erstellt. Die Investitionen konzentrierten sich auf die arbeitsintensiven Sektoren und auf die Naturressourcen - Bereiche mit längerfristig beschränktem Wachstumspotential.



Copyright European Commission

“Die OCDE schätzt, dass das Land, wenn diese Hürden resolut angegangen werden, leicht das Doppelte der bisherigen ausländischen Investitionen anziehen kann.”

Ein BIP - Wachstum in der Grössenordnung von 5% im Jahr wird in den nächsten Jahren ohne ein markantes Anwachsen der ausländischen Direktinvestitionen nicht mehr zu bewerkstelligen sein. Direktinvestitionen könnten das Leistungsbilanzdefizit ausgleichen, wie dies bei den anderen Transitionsländern der Fall ist. Ausländische Investitionen würden ausserdem zur Modernisierung der einheimischen Industrie beitragen und diese im Inland und den Exportmärkten konkurrenzfähig machen.

Als Hauptargument für ausländische Investitionen wird immer noch in erster Linie die billige Arbeitskraft genannt. Damit diese Attraktivität bestehen bleibt, müssen die Löhne weniger schnell wachsen als die Produktivität. Mit der EU-Integration und weiteren Reformschritten (z.B. Anpassung der Energietarife auf Weltmarktniveau) werden jedoch auch die Löhne steigen. 2003 betrug der Lohnzuwachs 8.2% auf EUR 135.

Barrieren hindern ausländische Investitionen

Um ausländische Investoren in Sektoren mit höherer Wertschöpfung zu bringen, müssen die Barrieren eliminiert werden, die das Kapital vom Land fernhalten. Im sich verschärfenden Steuerwettbewerb mit den anderen Ländern der Region schneidet Rumänien weiterhin nicht besonders gut ab, auch die Lohnnebenkosten sind eher hoch. Administrative Hürden, Bürokratie, rechtliche Instabilität, mangelnde Transparenz der Regierungshandlungen, Ungleichbehandlung gegenüber einheimischen Investoren, politische Eingriffe in das Justizsystem, Korruption, die Verbreitung von gefälschten Markenartikeln stehen auf der langen Liste von Faktoren, die das Investitionsklima immer noch beeinträchtigen.

Die OCDE schätzt, dass das Land, wenn diese Hürden resolut angegangen werden, leicht das Doppelte der bisherigen ausländischen Investitionen anziehen kann.

Druck auf die Regierung, das Investitionsklima zu verbessern, stammt aus der Notwendigkeit, die Leistungsbilanz auszugleichen - das Land kann nicht über seine Mittel leben. Auch die Empfehlungen des IWF zielen in die gleiche Richtung: die Wirtschaftspolitik soll sich auf die Reduktion der Zahlungsrückstände, die Kontrolle der Lohnkosten, die Privatisierungen und die Restrukturierung der defizitären Sektoren konzentrieren.

Aber der politische Rhythmus ist ein anderer als derjenige der Wirtschaft. Mit Konzessionen an die Gewerkschaften und die defizitären Grossbetriebe muss im Wahljahr 2004 gerechnet werden, was wahrscheinlich zu weiteren Reformrückständen führen wird. Auch wenn die Wählerschaft gleichzeitig auch Erfolge an der Front der EU-Integration fordert.

Michael Derrer ist Programmdirektor an der Universität Freiburg, Berater für Ostmitteleuropa und die GUS und Übersetzer für osteuropäische Sprachen.

Kontakt

michael.derrer@unifr.ch

Büro in Rumänien: c/o Anwaltskanzlei I. Vintilescu, Str. Petru Poni 7, Bukarest